

Barbara beantwortet einen Leserbrief

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **49 (1974)**

Heft 9

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-104428>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Als ich vor Wochen meinen Artikel über die Gastarbeiterfrage schrieb, wusste ich von vorneherein, dass ich damit in ein Wespennest griff. Ein Genossenschafter hat denn auch eine ausführliche Antwort darauf geschrieben mit dem Ersuchen, sie sei im «Wohnen» zu veröffentlichen. Die Redaktion hat es vorgezogen, mich darum zu bitten, dazu selbst Stellung zu nehmen.

Es hat mich gefreut, dass er mich «grosso modo» nicht angegriffen hat, sondern von einer bewundernswerten Offenheit meinerseits gesprochen hat. Ich habe mich damals darum bemüht, die Dinge möglichst objektiv darzulegen, soweit ich dazu fähig bin.

Inzwischen hat der Bundesrat einen neuen Beschluss gefasst, nach dem die Reduktion der Gastarbeiter auch auf das Spital- und Erziehungswesen ausgedehnt wird. Der kantonalbernische Gesundheitsdirektor bezeichnete ihn als katastrophal, und ich bin ebenfalls nicht gerade glücklich darob. Ebenso wenig werden es unsere Schulhausabwarte sein, die wohl kaum mit weniger Hilfskräften die grossen Schulhäuser reinigen können. Eine Oberschwester äusserte sich dahin, wir sollten halt grössere Wohnungen mieten und unsere alten Eltern selber pflegen. Es ist betrüblich, wie unwissend selbst Leute sind, die in einem sozialen Beruf tätig sind. Offenbar hat sie keine Ahnung von den hohen Kosten, die mit dem Mieten einer grösseren Wohnung verbunden sind. Zudem hat eine Krankenschwester zwei volle Tage pro Woche frei, und in der Nacht amtiert eine Nachtschwester. Uns löst niemand ab. Sogar Dr. James Schwarzenbach hat seinerzeit bei seiner Überfremdungsinitiative das Spitalwesen ausdrücklich vom Fremdarbeiterabbau ausgenommen. Er lehnt ja auch die Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion ab, weil er eingesehen hat, dass unsere Wirtschaft eine derart abrupt massive Reduktion an Arbeitskräften niemals verkraften könnte.

Der Genossenschafter schreibt: «Unser Potential an Arbeitskräften reichte nicht aus, um all die Aufträge, die herinkamen, auszuführen, stellte Barbara in ihrem Artikel fest. Ja warum, um Gottes willen, liess man es zu oder redete den Schweizer Eltern ein, es sei unanständig, mehrere Kinder zu haben?» Anschliessend erwähnt er noch die Bevölkerungsexplosion, die indessen für die Industriestaaten nicht ins Gewicht fällt. Darum das Gastarbeiterproblem,

das allerdings nirgends solche Ausmasse aufweist wie in der Schweiz.

Niemand hat den Schweizern eingeredet, es sei unanständig, mehrere Kinder zu haben. Sie haben von sich aus begriffen, dass sie sich viele Kinder einfach nicht mehr leisten können. Sehr treffend hat dies die Frau eines italienischen Gastarbeiters formuliert. Sie ist 45 Jahre alt und in einem Dorf an der italienisch-österreichischen Grenze unter kümmerlichen Voraussetzungen aufgewachsen. Sie sagte: «Früher hat sich kein Mensch darüber aufgeregt, wenn die Kinder mit «bluttem Fudi» herumliefen. In unserem Dorf war ein Knabe, dem wir «mille pezzi» (tausend Stücke) nachschrieen, so zerflickt war seine Kleidung. Heute geht das nicht mehr.» Sie hat nur eine Tochter und ist, obschon katholisch, eine fanatische Anhängerin der Geburtenplanung. Und das «blutige Fudi» steht für eine Menge anderes.

Man muss sich einmal mit alten Menschen darüber unterhalten, die aus einer kinderreichen und in der Regel armen Familie stammen. Ich habe eine Bekannte, die nächstes Jahr siebzigjährig wird. Sie ist im Kanton Uri aufgewachsen. Ihr Vater war Gramper bei der SBB und bewohnte mit neun Kindern, die er in zwei Ehen gezeugt hat, ein winziges Bahnwärterhäuschen. Noch winziger als das Häuschen war sein Einkommen. Die Hörnli mussten mit Kartoffeln gestreckt, die Kleider endlos ausgetragen und geflickt werden. Ich muss es der Phantasie meiner Leserschaft überlassen, sich diesen Lebensstil auszumalen, obschon ich bezweifle, dass ihre Phantasie dazu ausreicht. Die neun Nachkommen des Grampers haben lediglich zehn Kinder hervorgebracht. Es mag ein etwas allzu krasses Beispiel für den Rückgang der Geburtenzahl sein, aber bis zu einem gewissen Grad ist es doch typisch.

In der Berufsschule waren wir neunzehn Mädchen. Drei blieben ledig, drei Ehen kinderlos, und der Rest brachte 32 Kinder zur Welt. Wir haben uns auch nicht mehr reproduziert. Seit Beginn unseres Jahrhunderts hat mit der Industrialisierung und der Verstädterung still und unauffällig, ohne Pille, die Geburtenplanung eingesetzt. Der Prozess fing in der wohlhabenden Schicht an und griff nachher auf die Bürger über, die über ihre Nasen hinausdachten. Sie kapierten, dass Kinder ein fressendes Kapital sind, das sich nicht mehr in Gestalt von Arbeitskräften in der Land- und Hauswirtschaft oder in einem handwerklichen Be-

trieb verzinst. Während man in den Entwicklungsländern eine grosse Kinderzahl immer noch als Alterssicherung ansieht, ist dies für uns ohne Belang. Der Aufwand für die Auferziehung von Kindern bezüglich Ernährung, Gesundheitspflege, Kleidung, Wohnung, Schulung, Ausbildung, Ferien und Sport hat speziell in den Städten dermassen zugenommen, dass mehr als drei selten Platz im Haushaltbudget finden. Es ist grotesk aber wahr, dass mit zunehmendem Wohlstand die Geburtenzahlen rückläufig werden. Mit Anstand oder Unanständigkeit hat das nicht das geringste zu tun.

Im übrigen schlucke ich einen Besen, dass kein Mensch Ende der vierziger Jahre den künftigen Wirtschaftsboom voraussehen konnte. Wir wurden davon überrumpelt, und ich bin überzeugt davon, dass die wenigsten Unternehmer, die ihre Betriebe vergrösserten und vermehrt Gastarbeiter anstellten, sich der Konsequenzen auf die Infrastruktur unseres Landes und der späteren negativen Reaktion im Volk bewusst waren. Aber Herr Schweizer, der sich im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte infolge seines höheren Realeinkommens zu einem ausgesprochenen Motorfahrzeugfreund entwickelt hat, hat an die Konsequenzen seiner Auto- und Töfflifreudigkeit ebensowenig gedacht. Sie verursachen der öffentlichen Hand Kosten von Milliarden von Franken und bedingen ebenfalls einen riesigen Einsatz an Gastarbeitern. Dem Einzelnen kann man daraus keinen Vorwurf machen. Der schwimmt munter mit im Strome der Zeit und denkt nicht so weit. Ähnlich haben sich die Unternehmer verhalten. Dass sie Fehler begangen haben, liegt auf der Hand. Jedoch kann man diese nicht mit einer Rosskur à la Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion korrigieren. Das muss langsam geschehen, ansonst Herr Schweizer sehr unliebsame Überraschungen erleben könnte. Die Wirtschaft ist so eng ineinander verflochten, dass jeder allzu rasante Eingriff weite Kreise zieht und unerfreuliche Auswirkungen zeitigen könnte, an die man im Moment nicht denkt.

Gewiss sind in der Wirtschaft hohe Gewinne erzielt worden, aber sie wurden zum Teil wieder investiert in der Rationalisierung der Produktion und in der Forschung, die Unsummen verschlingt. Dass die schweizerischen Produkte ihren Ruf der «Swiss quality» auf dem Weltmarkt verloren haben, wie unser Genossenschafter meint, stimmt nicht.

Unsere Textilien, Uhren, Maschinen, chemischen Produkte und so fort können sich auf dem Weltmarkt bei den hohen Produktionskosten, in den die stark gestiegenen Löhne eingeschlossen sind, nur kraft ihrer Qualität behaupten. Die Schweiz hat keine Rohstoffe. Sie muss sie aus dem Ausland beziehen, verarbeiten und zu einem erheblichen Teil wieder exportieren.

Es ist müssig, darüber zu streiten, wem wir unseren bis anhin in der Geschichte der Menschheit einmaligen Wohlstand verdanken. Da spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Einer von ihnen sind die Gastarbeiter, die dazu beitragen, unser Sozialprodukt zu vergrössern. Von diesem hängt der Wohlstand eines Landes ab sowie die *Höhe der Renten der Sozialversicherung*, die unter anderem von den Lohnprozenten der Arbeitsfähigen gespeist werden. Die Gastarbeiter bezahlen ihre Lohnprozente und Steu-

ern wie wir, wie auch die Betriebe Lohnprozente und Steuern entrichten. Solange wir noch ein leichtes Wirtschaftswachstum haben, sind die Renten der Sozialversicherung nicht gefährdet. Brenzlich könnte es werden, ginge es auf Null oder Minus zurück, was unweigerlich der Fall sein würde, würden wir hunderttausend oder noch mehr Arbeitnehmer innert kurzer Zeit hinauswerfen!

Zum Schluss noch ein Wort zur Teuerung. Der Genossenschafter schreibt dazu: «Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Barbara mit dem Einkaufskorb und dem Portemonnaie einer Durchschnittsschweizerin zum Einkaufen geht oder mit einem Durchschnittseinkommen die unverschämte hohen Mieten bezahlt.» Dazu möchte ich bemerken, dass mein früherer Artikel sich ausschliesslich mit der Gastarbeiterfrage befasst im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung. Die beängstigende

Geldentwertung ist unabhängig vom Fremdarbeiterproblem. Wie wäre es sonst möglich, dass Italien, das die Gastarbeiterfrage nur von der anderen Seite kennt, eine so schreckliche Teuerung erlebt? In Japan beträgt die Inflationsrate 23 Prozent. Dort gibt es keine Gastarbeiter. Bei uns liegt sie bei ungefähr zwölf Prozent, wovon drei à conto der Ölkrise gehen. Inflation und Gastarbeiterfrage sind zwei Sachverhalte, die man nicht miteinander vermengen darf. Die Geldentwertung ist eine weltweite Erscheinung, die in sämtlichen Industriestaaten aktuell ist und von den Politikern mit wenig Erfolg bekämpft wird. Wer sich um das Thema, das laut einer Umfrage bei uns zum Thema Nummer eins aufgerückt ist, interessiert, möge den Bericht über den Vortrag eines genossenschaftlichen Bankfachmannes in der letzten Nummer des «Wohnen» nachlesen.

Barbara

Unser Garten

An Zwiebeln soll es nicht fehlen

Von diesem Herbst bis zum nächsten Frühling bringt keine andere Blütenpflanze so leuchtende, kräftige und reine Farben in den Garten wie die Zwiebelblumen. Es ist deshalb leicht zu verstehen, dass sie gern in grossen Mengen in den Vorgarten gepflanzt werden, wo sie weit über den Gartenzaun hinaus wirken und alle Blicke auf sich lenken. Aber gerade aus diesem Grunde sollte man niemals willkürlich mit vollen Händen die ganze Blütenfülle verstreuen, sondern wohlüberlegt planen.

Zwiebelblumen wirken in Einzelstellung wie verloren, sie sollten immer in einer Gruppe stehen, die um so grösser sein darf, je kleiner die Blüten sind. Wie viele das jeweils sein sollten, hängt weitgehend davon ab, wie der Garten ringsherum gestaltet ist. Wichtig ist nur, dass auf keinen Fall der Eindruck entsteht, hier werde masslos angegeben oder dort ärmlich geknausert. Weiter kommt es darauf an, dass die Blütenfarben gut aufeinander abgestimmt sind und in die Nachbarschaft der anderen Pflanzen passen. Innerhalb einer Pflanzgruppe richten sich die Abstände danach, ob ein

lockerer Teppich oder ein dichter Farblecks beabsichtigt ist.

Allerdings müssen in jedem Fall die Mindestabstände eingehalten werden, damit sich jede einzelne Blume ungehindert entfalten kann. Der Wurzelballen unterhalb der Zwiebel breitet sich ja auch seitwärts aus und darf dabei nicht zu sehr von den Nachbarpflanzen behindert werden. So sind Hyazinthen wenigstens 13 bis 15 cm auseinanderzuhalten, grössere Narzissen etwa 15 cm und Tulpen je nach Art zwischen 15 und 20 cm. Gerade bei den neuen Tulpensorten gibt es Prachtstücke, die bis einen Meter hoch werden, ihre starken Blätter entsprechend weit ausbreiten, also niemals mit 12 bis 15 cm seitlichem Abstand auskommen. Kleinblumenzwiebeln, wie Schneeglöckchen, Traubenhyazinthen oder Krokusse stehen selbstverständlich viel enger nebeneinander, 8 bis 10 cm reichen völlig aus. Man sollte sich nicht davon täuschen lassen, dass sie viel dichter wachsen, wenn sie an zusagenden Standorten sich selbst vermehren und ausbreiten. Gerade dazu brauchen sie Platz, und wer einmal eine richtige Schneeglöckchenwiese betrachtet hat, wird auch dort immer vereinzelt Gruppen gesehen haben, die gebührenden Abstand voneinander halten.

Die meisten Zwiebelblumen wünschen Sonne oder höchstens Halbschatten, nur einige der kleineren Arten, wie Anemonen, Alpenveilchen, Winterling,

Scilla und Schneeglöckchen werden auch etwas an schattigen Plätzen oder am Rande von Gehölzen, teilweise sogar unter sommergrünen Ziersträuchern. Gartentulpen, Hyazinthen, Narzissen sowie Frühlingsschwertlilien sollte man dagegen immer in volle Sonne pflanzen. Bei allem sollte zugleich an die passende Umpflanzung gedacht werden, weil die Zwiebelblumen nach der Blüte in Ruhe einziehen müssen, bis das Laub vollständig vertrocknet ist. Deshalb pflanzt man sie gern so zwischen andere Stauden, Ein- und Zweijahrsblumen, dass sie wäh-

